

Wenn der Alltag zur Hölle wird

Chaos, Anarchie, Politische Gewalt und Arbeiten in Simbabwe

Als wir uns Ende 1999 entschieden, im Laufe des Jahres 2000 für die Konrad-Adenauer-Stiftung nach Simbabwe zu gehen, galt das Land als ruhig und die Stelle eines Auslandsmitarbeiters in der Hauptstadt Harare als sehr attraktiv.

Bei unserer Hochzeit drei Tage vor der Ausreise beneidete uns schon niemand mehr um unsere Entscheidung.

Das einstige Musterland im südlichen Afrika war innerhalb von nur wenigen Monaten in die Negativschlagzeilen geraten.

War Simbabwe vorher allenfalls

wegen seiner hohen Aids-Rate oder verbaler Entgleisungen von Präsident Mugabe gelegentlich in den deutschen Medien, häuften sich mit einem Mal die unerfreulichen Nachrichten. Politische Morde, Folter und Vergewaltigung von Oppositionellen, die Zwangseignung und Vertreibung tausender weißer Farmer und neuerdings die Verweigerung von Lebensmittelhilfe für oppositionsnahe Gebiete lenken seither die internationale Aufmerksamkeit auf Simbabwe. Für meine Frau und mich ist das eben in diesem immer mehr zerrütteten Land eine permanente Herausforderung. Als wäre es nicht schon schwierig genug, inmitten von Menschen zu leben, die oft nicht das Nötigste zum Leben haben und ihr Dasein in bitterer Armut fristen. Die Kluft zwischen arm und reich führt zu immer größerer Kriminalität. Ein Leben mit Angst, Alarmanlagen und Wachpersonal hinter hohen Mauern und Stacheldraht sind die Folgen. Die immer schwieriger werdende Versorgungslage mit Tagen ohne Strom und Wasser kommt hinzu. Zahlreiche Grundnahrungsmittel gibt es aufgrund der Vertreibung weißer Großfarmers nur mehr sporadisch. Stundenlanges Anstehen an Tankstellen gehört inzwischen zum Alltagsbild. Sind die alltäglichen physischen Bedrohungen und Belastungen schon schlimm genug, so kommt ein besonderer psychischer Faktor noch hinzu: das Bewusstsein, in einem diktatorischen System zu leben und mit ansehen zu müssen, wie eine relativ kleine korrupte Clique aus Macht- und Geldgier das Land und die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört. Staatliche Repressionen belasten die berufliche Tätigkeit wie auch das Privatleben. Telefonate werden abgehört, Emails und Faxe auf Schlüsselwörter hin gescannt, gelesen und – abhängig vom Inhalt – erst mit Verzögerung weitergeleitet. Nicht wenige der Geheimdienstleute in Simbabwe, die mit zum Teil teurem High-Tech-Gerät Regierungskritiker bespitzeln, sind von der Stasi im ehemaligen sozialistischen „Bruderland“ DDR ausgebildet worden und sprechen noch gut deutsch. Kaum eine Botschaft oder Nichtregierungsorganisation, lokale wie internationale, die keine „undichte“ Stelle hat, ein „U-Boot“, das Informationen weiterleitet. Einer Mitarbeiterin musste ich schließlich kündigen, nachdem sie erwischt wurde, wie sie vertrauliche Papiere aus dem Schredder nahm, wohl um die Schnipsel anschließend wieder zusammenzusetzen. Längst weiß ich jene Leute bei unseren Konferenzen und Seminaren einzuschätzen, die sich weigern, sich in die Teilnehmerlisten einzutragen, obwohl sie von mir eigens begrüßt werden. Man gewöhnt sich eine fast zynische Haltung an: Sie tun ihren Job, so wie ich meinem Beruf nachgehe.

Zu Beginn dieses Jahres wurde ein Gesetz erlassen, wonach jedes öffentliche Treffen von mehr als zwei Personen vier Tage vorher der Polizei gemeldet werden muss. Dieses Gesetz bildet nicht nur die Grundlage für regelmäßige Verhaftungen von Oppositionellen, sondern bietet eine effektive Kontrolle über alle Aktivitäten der Zivilgesellschaft.

Nicht wenige Maßnahmen, die wir mit lokalen Partnern langfristig und langwierig geplant hatten, wurden seither von der Polizei wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kurzfristig verboten oder durch paramilitärische Kräfte vor Ort aufgelöst. Während die Konrad-Adenauer-Stiftung als internationale Organisation und ihre Mitarbeiter in Simbabwe wenigstens noch diplomatischen Schutz genießen, gilt dies nicht für unsere Partner im Land selbst, die wissentlich ein hohes Risiko auf sich nehmen, wenn wir gemeinsam auf Menschenrechtsverbrechen hinweisen, Korruption (auch der Regierung) anprangern, gegen die zunehmende Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit protestieren und

öffentliche Seminare durchführen, in denen die Menschen über die politische und wirtschaftliche Krise im Land diskutieren. Diese Partner und Freunde vor Ort sind die wahren Helden, die den Kopf hinhalten und ihr Leben riskieren, indem sie friedlich für einen politischen Wandel kämpfen. Als kürzlich ein befreundeter Parlamentarier – Teilnehmer und Redner auf zahlreichen unserer Konferenzen – beerdigt wurde, verlor ich kurzzeitig die Fassung und mit ihr ein Stück Hoffnung für Simbabwe, Hoffnung auf einen so notwendigen politischen Wandel. Learnmore Jongwe hatte eine Blitzkarriere gemacht und mit seinen 30 Jahren viel erreicht. Er war Führer der nationalen Studentenbewegung gewesen, wurde 2000 als jüngster Abgeordneter ins Parlament gewählt, war einer der populärsten Politiker des Landes und Sprecher der Oppositionspartei MDC, die ihn für den Fall eines Wahlsieges als Informationsminister im Schattenkabinett nominiert hatte. Nie werde ich die stehenden Ovationen von mehreren Hundert Menschen nach einem öffentlichen Vortrag auf einer unserer Veranstaltungen vergessen – und sein strahlendes Lachen.

Er starb aus bisher ungeklärten, auf jeden Fall mysteriösen Gründen im Gefängnis, wo er kurz vorher noch jovial und wohl gelaunt Besucher empfing und mit einem unserer Mitarbeiter sprach. Während die regierungsnahe Presse den Fall als tragischen Selbstmord darstellt, spricht die Opposition von kalkuliertem Mord – durch Vergiftung. Und während sein Sarg von etwa 25.000 Menschen durch die Stadt begleitet wurde, als „illegalen Demonstration“ eskortiert von einer großen Zahl an Polizei und Militär, die Schnellfeuerwaffen nervös im Anschlag, verdichteten sich bereits Gerüchte, dass die Regierung eine weitere Verfassungsänderung plant, für die sie noch sechs der 56 Oppositionsstimmen im Parlament „benötigt“.

Nur wenige Tage vorher holte sich die Regierungspartei bereits den 57. Wahlkreis zurück. Learnmores Kollege starb unter ähnlich mysteriösen Umständen, zwar nicht im Gefängnis, aber auch an einer Vergiftung. Der neu aufgestellte MDC-Kandidat für die Nachwahlen wurde von Paramilitärs und jugendlichen Schlägertrupps, die von der Regierung bezahlt werden, aus seinem Wahlkreis geworfen, Mitarbeiter von ihm wurden entführt und schwer gefoltert. In dem vom Hunger gebeutelten Distrikt mussten sogar die Vereinten Nationen die Lebensmittelverteilung stoppen, weil es notorisch zu Übergriffen durch Anhänger der Regierungspartei kam. Diese teilte am Wahltag umso großzügiger neben den Wahllokalen die zum Teil aus Plünderungen stammenden Lebensmittel aus – und gewann. Dabei liegt der Distrikt im Stammesgebiet der Ndebele, die noch nie Mugabe und seine vom Stamm der Shona dominierte Partei unterstützt haben.

Dafür wurden sie im übrigen bereits in den achtziger Jahren schon mal bestraft, als Spezialeinheiten der Armee in gezielten Massakern rund 20.000 Menschen umbrachten. Die Einschüchterung und erzwungene Ruhe währte bis Mitte 2000, als die neugegründete Oppositionspartei bei den Parlamentswahlen aus dem Stand fast die Hälfte der Wahlkreise eroberte. Seitdem sind über 200 Oppositionelle getötet, Tausende gefoltert und unzählige systematisch vergewaltigt worden. Damit nimmt Simbabwe einen traurigen Spitzenplatz weltweit ein.

Mugabe, der die frühere britische Kolonie Rhodesien seit ihrer Unabhängigkeit 1980 mit eiserner Hand regiert, hat es in atemberaubender Geschwindigkeit geschafft, das einstige Musterland im südlichen Afrika mit seiner robusten und diversifizierten Wirtschaft nachhaltig zu ruinieren, ohne dass ein Krieg oder eine Naturkatastrophe das Land heimgesucht haben.

Die ehemalige Kornkammer Afrikas mit ihren fruchtbaren Böden und ein erleistungsfähigen Landwirtschaft hat sich in ein Armenhaus verwandelt, das auf Lebensmittelalmosen von außen angewiesen ist und selbst bei einem politischen Neuanfang auf Jahre hinaus bleiben wird. Mit der 2000 begonnenen Verteilung des zwangsendeigneten Farmlandes überwiegend an Mitglieder der Regierung, des Politbüros, des Geheimdienstes sowie an Offiziere von Polizei und Armee und einflussreiche Persönlichkeiten begann auch der wirtschaftliche Verfall. Neben den 4000 weißen Farmern haben seither auch deren 230.000 schwarze Farmarbeiter ihre Jobs verloren. Sie und ihre Familien, zusammen rund eine Million Menschen, sind zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden. Da sie zudem überwiegend die Opposition gewählt haben, werden sie von der Lebensmittelverteilung durch die Regierung ausgeschlossen.

Durch die Zerstörung des hochrentablen Agrarsektors verlor Simbabwe wichtige Deviseneinkünfte, dank Anarchie und Chaos im Land brach der einst florierende Tourismussektor zusammen.

Zehntausende Jobs gingen dadurch verloren, die Arbeitslosigkeit liegt bei unvorstellbaren 70 %. Allein in diesem Jahr ist die Wirtschaft um über 10 % geschrumpft. Hinzu tritt eine galoppierende Inflation, die der IWF für das nächste Jahr vorsichtig auf 522 % geschätzt hat. Die Zahl derer, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag leben, liegt bei 70 %, Tendenz steigend. Hinzu kommt, dass ein Drittel der Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren HIV-infiziert ist und jede Woche in Simbabwe im Schnitt 3000 Menschen an Aids sterben. Die Lebenserwartung, die noch vor 20 Jahren bei 60 Jahren lag, liegt inzwischen bei 30 Jahren. Die Zukunft nicht nur für die mindestens 500.000 Aidswaisen in Simbabwe ist alles andere als rosig.

Im März diesen Jahres wollten die Menschen einen neuen Präsidenten wählen. Doch nach einer

blutigen Wahlschlacht und Wahlbetrug im großen Stile wurde Mugabe zum erneuten Sieger erklärt – entgegen allen Umfragen, die den Gegenkandidaten bei fast 80 % Zustimmung gesehen hatten. Trotz dieses schweren Rückschlages für eine demokratische Entwicklung muss man festhalten, dass die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Simbabwe seit 1980 erheblich dazu beigetragen hat, dass aus einer erstarkenden Zivilgesellschaft eine politische Alternative erwuchs, die ein kritisches Korrektiv zu einer menschenverachtenden Diktatur darstellt. Und dieser Beitrag wird in dem Maße wichtiger, in dem die Repression zunimmt. Bekanntlich ist staatliche Unterdrückung immer Symptom für ein krankes System, und keine Diktatur kann auf Dauer bestehen. Dies lässt nicht nur hoffen für die Menschen in Simbabwe, sondern auch so manche eigene persönliche Belastung ertragen.

ANTON BÖSL
LANDESBEAUFTRAGTER SIMBABWE